

**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 30.08.2011

Niederschrift

4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18.08.2011

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Karl Dörr

Stadtverordnete/r

Herr Gerhard Dubrau

Herr Jürgen Effenberger

Frau Katja Fischer

Frau Marina Glorius

Frau Karin Hartmann

Herr Matthias Kreh

Herr Christian Kubela

Herr Andre Leers

Herr Klaus Mahr

Herr Karlheinz Müller

Herr Dieter Ohl

Herr Horst Schneberger

Herr Oliver Schröbel

Herr Dr. Jens Zimmermann

Herr Sven Blümlein

Herr Michael Engels

Herr Heiko Handschuh

Herr Harry Heb

Herr Norbert Knöll

Herr Alexander Pfau

Herr Peter Sekyra

Herr Karl Werner Storck

Herr Werner Beckenhaub

Herr Ernst-Ludwig Döring

Herr Karl-Heinz Dührig

Herr Mathias Horn

Herr Klaus Scheuermann

Herr Werner Eckhardt
Herr Christian Flöter
Herr Hans-Günter Göring
Herr Karl-Heinz Jung
Frau Christiane Roelle
Herr René Stieme
Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Diethard Kerkau

Magistrat

Herr Wilhelm Adams
Herr Dr. Klaus Dummel
Herr Horst Engelhardt
Herr Richard Fikar
Frau Renate Filip
Frau Ursula Münch
Herr Reinhold Ritter

Ausländerbeirat

Frau Andreia Machado Freitas Pereira Vertreterin für Frau Torun
Avadikyan

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Dahrendorf

Schriftführerin

Frau Selina Funck
Frau Doris Mahler

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Christian Gradl entschuldigt
Herr Dr. Jochen Ohl entschuldigt

Magistrat

Herr Alois Macht entschuldigt

Ausländerbeiratsvorsitzende

Frau Aysel Torun entschuldigt, Vertreterin: Frau Andreia
Machado Freitas Pereira

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

Tagesordnung:

4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.08.2011

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrates
3. Bebauungsplan "Nordspange / Williy-Brandt-Anlage im Stadtteil Umstadt
Bebauungsplan "Nordspange / Willy-Brandt-Anlage" im Stadtteil Umstadt,
3.1. Aufstellungsbeschluss
3.2. Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.06.2011
4. Kommunales Handlungsprogramm und Indikatoren
5. Kündigung des Koordinationsvertrages mit dem Land Hessen über den Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes
6. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2011 bzgl. Energiekonzept und Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2011
7. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.05.2011 bzgl. energetische Sanierung städtischer Gebäude
8. Antrag der FDP vom 30.05.2011 bzgl. Energieversorgung in Groß-Umstadt
9. Antrag der BVG - Fraktion vom 27.01.2011 bzgl. der Einrichtung und dauerhaften Durchführung einer Kampagne bzw. eines Projektes mit dem Arbeitstitel "Sauberes Groß-Umstadt"
10. Nachwahl in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfall- und Wertstoffeinsammlungen - ZAW für den Landkreis Darmstadt-Dieburg
11. Antrag der FDP vom 16.06.2011 bzgl. Änderung des § 114b HGO
12. Antrag der FDP vom 16.06.2011 bzgl. Änderung des § 60 GemHVO
13. Antrag der FDP vom 01.08.2011 bzgl. Bericht des Revisionsamtes über die technische Prüfung vom 07.10.2008
14. Vierte Änderung der Satzung über die Benutzung der von der Stdt Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten

15. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 01.08.2011 bzgl. Energie-Contracting
16. Nachwahlen in die Verbandsversammlung des Gruppenwasserwerkes Dieburg - ZVG
17. Breitbandversorgung in Groß-Umstadt Beitritt zum Breitbandprojekt des Odenwaldkreises
18. Anregungen und Mitteilungen

Teil B

19. Antrag des städtischen Seniorenbeirates hier: Erstellung eines Altenhilfeplanes

Stadtverordnetenvorsteher Dörr eröffnet die 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen das Protokoll der 3. Sitzung vom 16.06.2011 liegen keine Einwendungen vor.

Zu Beginn der Sitzung gibt der Stadtverordnete Dr. Roth eine persönliche Erklärung ab:

Persönliche Erklärung Stadtverordnetensitzung am 18.August 2011

Zu der öffentlich erschienenen Behauptung, ich hätte wesentliche Zahlen aus dem /Haushaltsplan 2010/ 2011 nicht beachtet und den Anhang des Planes auf den Seiten 370 ff außer Acht gelassen, dadurch eine „Geisterdiskussion“ ausgelöst, möchte ich folgendes feststellen:

Weder gab es eine ernsthafte Diskussion, noch ging es um „Geisterzahlen“. Es ging vielmehr um die Realität des Doppelhaushaltes 2010/2011 und diesbezüglich habe ich nichts Falsches vorgetragen. Eine Geisterdiskussion wäre doch nur dann gegeben, wenn aus angeblich falschen Zahlen falsche Schlussfolgerungen gezogen worden wären, oder wenn eine falsche Realität geschildert worden wäre. Davon kann keine Rede sein.

Schon deshalb nicht, weil ich mehrfach den neuesten Budgetbericht des ersten Quartals 2011 zitiert habe und der enthielt die neuesten Zahlen. Auf den Seiten 335ff des Haushaltsplanes sollen die richtigen Zahlen gestanden haben, die ich angeblich nicht beachtet hätte. Das ist schlicht und ergreifend falsch! Denn auf den Seiten 336 – 369 des Planes finden sich lediglich die Zahlenkolonnen des doppelhaushaltigen Produkthaushaltes 2010. Wenn man genau hinschaut, die Bestätigung meiner Antragsbegründung.

Schließlich sollen die Seiten 370ff unbeachtet geblieben sein. Auch das ist ganz einfach falsch.

Dort findet sich das HH – Konsolidierungskonzept auf Beschluss der STVV vom 12.März 2010. Dieses war mir bei Antragsbegründung sehr wohl bekannt, denn schließlich hat es mir die Verwaltung in der Sitzung des Haupt – und Finanzausschusses am 9.Juni 2011 sogar in einer aktuellen Übersicht ausgehändigt. Folgerichtig fand es Eingang in meine Antragsbegründung. Wer zugehört hat, zuhören wollte, oder zugehört hätte, hätte folgende Sätze nicht überhören können: “Wenn ein Haushalt auch mit Konsolidierungsmaßnahmen nicht ausgeglichen werden kann, dann schlägt die Stunde des § 92 Abs. 4 HGO. Danach ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht möglich ist“.

Konsolidierungsbemühungen wurden von der Verwaltung unternommen, aber wie die mir und Anderen übergebene Übersicht dazu gezeigt hat, sind sie bei weitem nicht ausreichend, um den städtischen Haushalt auszugleichen. Deshalb war und ist mein Antrag in der Sitzung des Parlaments vom 16.Juni 2011 auf Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes begründet.

Dass die Stadt das operative Geschäft (Löhne, Gehälter und tägliche Ausgaben) nur noch mit Hilfe von Kassenkrediten aufrechterhalten kann, wird wohl weiterhin niemand bestreiten. Nichts anderes hatte ich in meiner Antragsbegründung festgestellt.

Und zu einzelnen Zahlen: Wenn ich den mir am 28.Juni zugegangenen neuesten Haushaltsplan des Doppelhaushaltes zugrunde lege, hätte ich hier und da noch viel schlechtere Zahlen einsetzen müssen. Das Ganze kommt mir so vor wie: „Ätsch, Ätsch, Du Dummkopf hast ja viel bessere Zahlen genannt, als wie sie in Wirklichkeit haben“.

Jemand sagte anschließend zu mir: „Was regen Sie sich denn auf, überall im Landkreis sind doch die Gemeinden verschuldet“. Aber das ist eben der Unterschied und deshalb mein Antrag: Wir Liberalen wollen uns mit dieser Verschuldungsroutine zu Lasten der zukünftigen Stadtentwicklung eben nicht abfinden wie andere Parteien. Deshalb kommt der Antrag mit Sicherheit erneut auf die Tagesordnung, wenn auch mit dem kommenden Nachtrag der Haushalt nicht ausgeglichen vorgelegt werden sollte.

Stadtverordnetenvorsteher Dörr fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, dass der H+F im Einvernehmen mit den Antragstellern beschlossen hat, die TOPs 9,11 und 12 in den Teil B zu verschieben.

Bürgermeister Ruppert bittet um die Aufnahme der Punkte „Nachwahlen in die Verbandsversammlung des Gruppenwasserwerkes“ und „Breitbandversorgung – DSL“ auf die Tagesordnung und erläutert diese Punkte kurz.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Dörr weist darauf hin, dass eine Bürgerversammlung vorbereitet werden soll. Er schlägt dafür die Woche vom 07.11. – 11.11.2011 vor und bittet die Fraktionen sich bezgl. des genauen Termins und der Themen zu beraten.

Zu TOP 2 Mitteilungen des Magistrates

Bürgermeister Ruppert berichtet über bzw. teilt mit:

- dass der Nachtragshaushalt im September in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird. Eine – noch in Diskussion be-

findliche – Rückzahlung von Gewerbesteuern aus Vorjahren über etwas mehr als 3Mio EUR.

- dass am 15.08.2011 ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht stattgefunden hat;
Themen waren der Gesamthaushalt, der Nachtragshaushalt, die Anpassung der Friedhofsgebühren (hier fordert die Kommunalaufsicht eine Einnahmeverbesserung von 200.000,-- Euro) und die Einführung einer Straßenbeitragssatzung (wiederkehrende Straßenbeiträge)
- dass eine Anordnung des Landkreises vorliegt, wonach in Schulsporthallen keine Werbebanner mehr erlaubt sind
- dass es bzgl. der Weinbergshütten eine Vereinbarung mit dem Landkreis gibt, wonach zur Zeit seitens des Landkreises nichts gegen die Hütten unternommen wird
- dass die Vereinbarung zur Nordspange den Fraktionsvorsitzenden nochmals per e-mail zugeschickt wird
- am Montag, 22.08.2011 finden Begehungen zum Thema „Unser Dorf hat Zukunft“ in Kleestadt und Klein-Umstadt statt

Zu TOP 3 **Bebauungsplan "Nordspange / Willy-Brandt-Anlage im Stadtteil Umstadt**

Die Stadtverordneten Jürgen Effenberger und Werner Beckenhub nehmen wegen Widerstreits der Interessen (§ 25 HGO) weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem TOP teil und verlassen den Sitzungsraum.

Zu TOP 3.1 **Bebauungsplan "Nordspange / Willy-Brandt-Anlage" im Stadtteil Umstadt, Aufstellungsbeschluss**

Der unter TOP 3.2 aufgeführte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 09.08.2011 beraten und in die ursprüngliche Beschlussvorlage zu TOP 3.1 eingearbeitet. Die geänderte Beschlussvorlage liegt den Stadtverordneten nun zur Beratung und Beschlussfassung vor. TOP 3.2 hat sich somit erledigt, es erfolgt keine separate Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Stadtverordnete Dr. Roth (FDP) stellt einen Änderungsantrag zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Er beantragt, den letzten Satz der Beschlussvorlage zu streichen und begründet diesen Antrag..

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimme, 29 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den ursprünglichen Antrag zur Abstimmung.

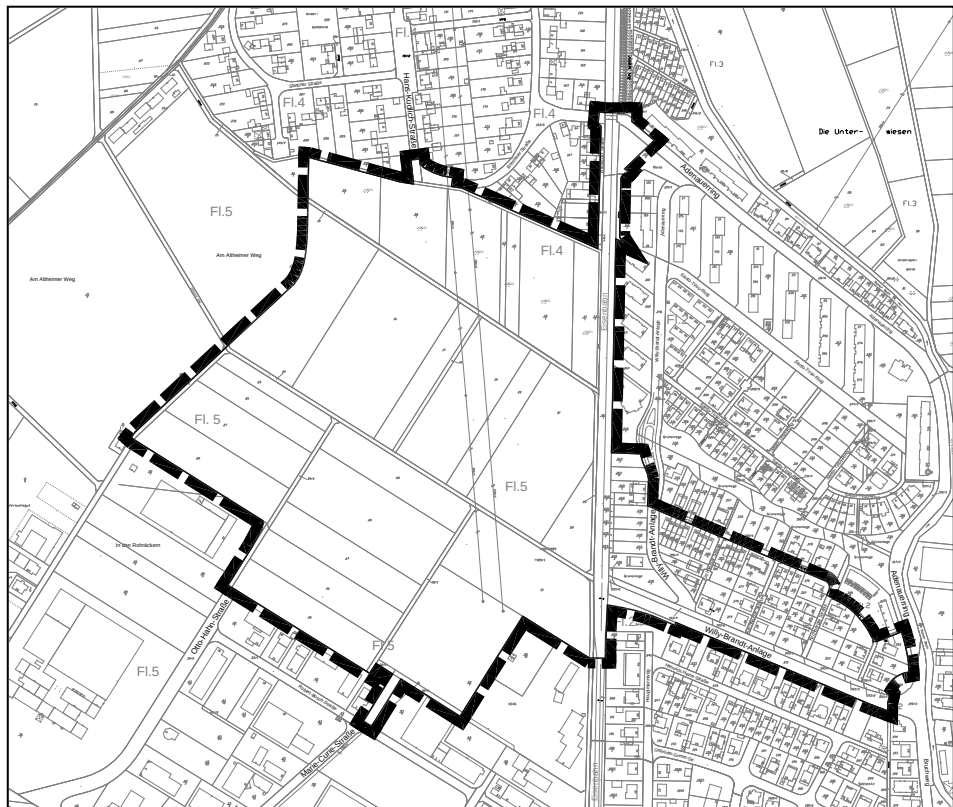
Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) die Aufstellung des Bebauungsplanes „Nordspange / Willy-Brandt-Anlage“ für das Gebiet der bisherigen Bebauungspläne „Nordspange / Haltepunkt“, „Unterste Beune / Am Pilgerpfad, 3. Änderungsplan“ und die südlichen Teilbereiche des Bebauungsplanes „Unterste Beune / Am Pilgerpfad“.

Der Bauleitplan erhält die Bezeichnung: **„Nordspange / Willy-Brandt-Anlage“**

Der Bebauungsplan soll innerhalb seines Geltungsbereiches den Bebauungsplan "Unterste Beune / Am Pilgerpfad" in allen seinen Festsetzungen ersetzen.

Der voraussichtliche Geltungsbereich ist aus der nachfolgenden Karte ersichtlich:



Sollten sich bei der Planung Abweichungen an dem vorstehend beschriebenen Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung vorzulegen.

Beabsichtigte Planung:

Der Hessische VGH hat die Bebauungspläne „Nordspange/Haltepunkt“ und „Unterste Beune / Am Pilgerpfad, 3. Änderungsplan“ für unwirksam erklärt. Daher ist das Aufstellungsverfahren zu wiederholen. Die bisherigen Planungsziele gelten insofern weiter. Diese lauten wie folgt:

Innerhalb des Geltungsbereiches sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um eine straßenmäßige Verknüpfung zwischen der Otto-Hahn-Straße im Westen, der Hans-Kudlich-Straße / Breslauer Straße im Norden und der Willy-Brandt-Anlage im Osten zu schaffen. Hierzu ist die Bahnlinie Hanau - Eberbach mittels einer Unterführung im Bereich der Willy-Brandt-Anlage zu queren. Die Maßnahme dient sowohl der Verkehrsentlastung der Innenstadt als auch der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs im Zuge des Adenauerrings. Gleichzeitig soll durch den Bau eines neuen Bahnhofes an der Odenwaldbahn, mit zentralem Busbahnhof und P+R-Anlage, eine erhebliche Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Stadt erzielt werden.

Im Rahmen dieser Infrastrukturprojekte soll eine bauliche Entwicklung des westlich der genannten Bahnlinie liegenden Areals ergänzend geplant werden.

Dabei ist im nördlichen Teil des Plangebietes eine Mischung aus Wohn- und Geschäftshäusern und im südlichen Teil eine Ergänzung des Gewerbegebietes vorgesehen.

Gleichzeitig sollen die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen an der Willy-Brandt-Anlage getroffen werden, hierzu ist auch eine Einbeziehung der nördlich der Willy-Brandt-Anlage gelegenen Wohnbebauung erforderlich.

Gemäß § 3 (1) BauGB wird eine Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit (vorgezogene Bürgerbeteiligung) in Form einer Versammlung durchgeführt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Der Bebauungsplan soll innerhalb seines Geltungsbereiches den Bebauungsplan „Unterste Beune/Am Pilgerpfad“, unter Berücksichtigung der mit den Bürgerinitiativen bereits getroffenen Vereinbarungen, ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen – einstimmig –

Dr. Roth nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Zu TOP 3.2 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.06.2011

Der Antrag wurde unter TOP 3.1. behandelt, deshalb erfolgt keine weitere Abstimmung.

Zu TOP 4 Kommunales Handlungsprogramm und Indikatoren

Beschluss:

1. Das Kommunale Handlungsprogramm in der Fassung von 2001 und der im Jahr 2010 fertig gestellte Nachhaltigkeitsbericht mit seinen Indikatoren werden ab Beschlussdatum für 5 Jahre als gemeinsame Arbeitsgrundlage für Politik und Verwaltung angenommen.
2. Der Nachhaltigkeitsbericht wird jährlich fortgeschrieben und der Stand der jeweils letzten Datenerhebung nachgewiesen. In den Grafiken werden signifikante Entwicklungssprünge je nach Bedarf kommentiert.
3. Für die Stadtverordneten soll eine Informationsveranstaltung angeboten werden: „Nachhaltigkeits-Indikatoren und Haushalts-Kennzahlen als Instrument für nachhaltige Politik und operative Steuerung.“
4. Die Ausschüsse sollen die Indikatoren diskutieren, erörtern und priorisieren.
5. Im HH-Entwurf 2012, spätestens 2013, werden erstmals NH-Indikatoren und HH-Kennzahlen abgebildet.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

**Zu TOP 5 Kündigung des Koordinationsvertrages mit dem Land Hessen
über den Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes**

Beschluss:

Der Koordinationsvertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt Groß-Umstadt über den Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes im Bereich der Stadt Groß-Umstadt vom 02.12.2004 bleibt bestehen. Anderslautende Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 sind damit aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

**Zu TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2011 bzgl. Energiekonzept
und Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2011**

Es besteht Einvernehmen, die TOPs 6, 7, 8 und 15 gemeinsam zu diskutieren und anschließend getrennt darüber abzustimmen.

Der Stadtverordnete Zimmermann erläutert den Antrag der SPD und erklärt, dass der Ergänzungsantrag der CDU zu diesem TOP in der Sitzung des Energieausschusses abgearbeitet wurde und Eingang in den Antrag der SPD gefunden und ist in dem Vorschlag der Verwaltung aufgegangen.

Zur Abstimmung steht nun ein gemeinsamer Antrag der SPD und der CDU.

Die Stadt Groß-Umstadt erstellt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, dem Gewerbe und den betroffenen Gruppen ein Groß-Umstädter Energiekonzept.

Folgende Ziele im Rahmen der bundesweiten Energiewende sollen dabei berücksichtigt werden:

- Erhebung des vollständigen Potentials zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen in Groß-Umstadt,
- größtmögliche Nutzung der Energieeinsparpotentiale vor Ort,
- die nachhaltige Erzeugung von erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten,
- eine langfristige Versorgungssicherheit gewährleisten,
- Etablierung von Strukturen und Organisationsformen zur Maximierung der regionalen Wertschöpfung im Rahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien,

- Realisierung aller unumstrittenen Projekte

Dazu sind für Planungen und Beteiligungsformen für das Jahr 2012 / 2013 50.000 Euro überplanmäßige Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Die Verwaltung erarbeitet einen Vorschlag zur Gestaltung des Prozesses für die Erstellung eines Energiekonzeptes für Groß-Umstadt. Der Vorschlag für die Gestaltung des Prozesses ist der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

Zu TOP 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.05.2011 bzgl. energetische Sanierung städtischer Gebäude

Beschluss:

Bei allen künftig durchzuführenden Sanierungen städtischer Gebäude erfolgt die energetische Sanierung grundsätzlich mit dem Ziel, dass die Gebäude CO2-neutral bewirtschaftet werden können.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen, 1 Neinstimme, 1 Enthaltung

Zu TOP 8 Antrag der FDP vom 30.05.2011 bzgl. Energieversorgung in Groß-Umstadt

Beschluss:

1. Es wird eine Grundkonzeption für die mittel- und langfristige, den bisherigen Kostenrahmen nicht überschreitende, Energieversorgung für Groß-Umstadt erarbeitet.
2. Dabei werden folgende Leitlinien zugrunde gelegt:
 - a) Finanzmittel der Stadt werden nur eingesetzt, wenn die Energieeffizienz des jeweiligen Versorgungsträgers belegbar nachgewiesen ist.
 - b) Es darf kein massiver Eingriff in die Landschaft durch unmäßigen Flächenverbrauch erfolgen, der die Werbewirksamkeit des Begriffes „Tor zum Odenwald“ gefährden würde.
 - c) Eine Autarkie der Energieversorgung der Stadt Groß-Umstadt entspricht nicht der konzeptionellen Zielsetzung.
 - d) Es erfolgen keine Zwangsauflagen für die Bürger zur Rege-

- lung ihres Heiz-
energiebedarfs.
e) Es erfolgt keine Festlegung / Bindung an ein einziges Versorgungsunternehmen.
3. Für eine Kraft-Wärmekopplung auf Erdgas-Basis zur dezentralen Energieversorgung mit wechselseitiger Vernetzung wird eine gesonderte Untersuchung in Auftrag gegeben.

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimme, 33 Neinstimmen, 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu TOP 9 **Antrag der BVG - Fraktion vom 27.01.2011 bzgl. der Einrichtung und dauerhaften Durchführung einer Kampagne bzw. eines Projektes mit dem Arbeitstitel "Sauberes Groß-Umstadt"**

Zurückgestellt.

Zu TOP 10 **Nachwahl in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfall- und Wertstoffeinsammlungen - ZAW für den Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss:

Zum Vertreter und persönlichen Stellvertreter der Stadt Groß-Umstadt in die Verbandsversammlung des ZAW werden gewählt:

Vertreter:

Gerhard Dubrau

Stellvertreter:

Karlheinz Müller

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

Zu TOP 11 Antrag der FDP vom 16.06.2011 bzgl. Änderung des § 114b HGO

Zurückgestellt.

Zu TOP 12 Antrag der FDP vom 16.06.2011 bzgl. Änderung des § 60 GemHVO

Zurückgestellt.

**Zu TOP 13 Antrag der FDP vom 01.08.2011 bzgl. Bericht des Revisionsamtes
über die technische Prüfung vom 07.10.2008**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung führt in der kommenden Sitzung eine Aussprache zum Thema. „Bericht des Revisionsamtes über die Technische Prüfung der Stadt Groß-Umstadt vom 07. Oktober 2008“.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

**Zu TOP 14 Vierte Änderung der Satzung über die Benutzung der von der Stdt
Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten**

Beschluss:

Die Vierte Änderungssatzung der Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten, zuletzt geändert durch die Dritte Änderungssatzung vom 19. November 2003, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

**Zu TOP 15 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 01.08.2011 bzgl.
Energie-Contracting**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit der HSE AG Verhandlung über ein Energie-Contracting aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

Zu TOP 16 **Nachwahlen in die Verbandsversammlung des Gruppenwasserwerkes Dieburg - ZVG**

Beschluss:

Als Vertreter und persönlichen Stellvertreter der Stadt Groß-Umstadt in die Verbandsversammlung des Gruppenwasserwerkes werden gewählt:

Vertreter

Stellvertreter

Peter Sekyra

Sven Blümlein

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

Zu TOP 17 **Breitbandversorgung in Groß-Umstadt Beitritt zum Breitbandprojekt des Odenwaldkreises**

Beschluss:

Die Stadt Groß-Umstadt beantragt den Beitritt zu dem Breitbandprojekt des Odenwaldkreises. Dies erfolgt vorbehaltlich der notwendigen Vertragsabschlüsse und Haushaltsbeschlüsse.

Der Magistrat wird ermächtigt, alle Verhandlungen mit den Beteiligten, insbesondere die Beantragung der notwendigen Bürgschaft des Landes Hessen zu führen. Dies kann auch in interkommunaler Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig –

Zu TOP 18 Anregungen und Mitteilungen

Stadtverordneter Flöter erkundigt sich nach dem Holzdiebstahl im Wald. Er fragt an, tatsächlich ein Schaden von 60.000EUR entstanden sie und ob es zutrifft, dass ein städtischer Mitarbeiter involviert ist und wenn ja, welche disziplinarischen Maßnahmen getroffen werden sollen.

Bürgermeister Ruppert führt dazu aus, dass sich der Schaden auf ca. 6.000,-- Euro geschätzt wird. Es wurde Anzeige gestellt. Die polizeilichen Ermittlungen laufen noch. Wenn ein städtischer Mitarbeiter involviert sein sollte, wird über die disziplinarischen Maßnahmen im Magistrat gesprochen werden, nicht aber in einer öffentlichen Sitzung des Parlamentes.

Stadtverordneter Dr. Roth fragt an, warum keine Kulturveranstaltungen der Stadt im Veranstaltungskalender „Kultursommer Südhessen 2011“ aufgeführt sind und was aus der Bewerbung Groß-Umstadt als hessische Wanderstadt geworden ist.

Bürgermeister Ruppert erklärt, dass die Antworten per e-Mail an die Fraktionsvorsitzenden geschickt werden.

Stadtverordneter Blümlein berichtet, dann an der L3115 / Abzweigung zur Straße „Im Stiel“ im Stadtteil Richen seit Wochen ein großes Loch in der Straße ist und absolut nicht zu erkennen ist, wann die Arbeiten weitergeführt werden.

Bürgermeister Ruppert erklärt hierzu, dass der Fachbereich 5, SG Tiefbau, darauf antworten wird.

Teil B

Zu TOP 19 Antrag des städtischen Seniorenbeirates hier: Erstellung eines Altenhilfeplanes

Karl Dörr
Stadtverordnetenvorsteher

Doris Reichenberger
Schriftführerin